JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE BREMEN

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt
Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 8 | **Bremen, den 15. Juli 1929** | **1. Jahrgang**

JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG **BREMEN**

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 8 **Bremen, den 15. Juli 1929** **1. Jahrgang**

Die Wahlen zur Jewish Agency.

Von Dr. Hugo Hahn, Essen, Vorsitzender des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands.

Man soll in der Beurteilung der Zeit, die man selbst durchlebt, vorsichtig sein. Insbesondere seit die prophetische Gabe nur Wenigen verliehen wird, tut man gut daran, sich bei der Feststellung der bleibenden Bedeutung eines zeitgeschichtlichen Ereignisses eine gewisse Reserve aufzuerlegen. Schon zu oft haben begeisterte Festredner geglaubt, einen „historischen Augenblick" feiern zu sollen, während sich später das gefeierte Ereignis gar oft als eine untergeordnete Angelegenheit der Weltgeschichte herausstellte.

Trotz dieser Selbstbesinnung darf man die Wahl der deutschen Mitglieder für die Jewish Agency als eine Tat bezeichnen, die immer eine entscheidende Bedeutung für die Ausgestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland behalten wird. Wir haben bei einem früheren Anlaß in diesen Spalten bereits den Sinn der Jewish Agency auseinandergesetzt. Es handelt sich in dieser Organisation darum, ein geeignetes Verwaltungsinstrument für den neutralen Palästinaaufbau zu schaffen. Dieses Ziel soll durch das „fifty-fifty-Prinzip" erreicht werden. Das will besagen, daß dieses Verwaltungsgremium sich zur Hälfte aus Zionisten und zur Hälfte aus Nichtzionisten zusammensetzen soll. Diese Körperschaft der Council der Jewish Agency, soll aus 220 Mitgliedern bestehen. 110 Delegierte sollen vom Zionistenkongreß gewählt werden, die übrigen 110 von den nichtzionistischen Juden der einzelnen Ländern. Deutschland sollte nach dem ursprünglichen Plan durch 6 Delegierte und 12 Ersatzmitglieder vertreten sein.

Es handelte sich nun darum, eine Wählerversammlung einzuberufen, die die deutschen Vertreter ernennen sollte. Zu diesem Zweck wurde von dem neutralen Keren-Hajessod-Komitee für Deutschland unter dem Vorsitz von Hern Direktor Oskar Wassermann ein Initiativkomitee zur Erweiterung der Jewish Agency gebildet. In dieses Wahlkomitee traten neben führenden nichtzionistischen Repräsentanten folgende Organisationen und Körperschaften ein: die jüdischen Gemeinden Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und München, der Hilfsverein der Deutschen Juden, der Allgemeine Rabbinerverband, der Deutsch-Israelitische Gemeindebund, die Achduth, der Kolonisationsverein „Esra", die Liga für das arbeitende Palästina, der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, die Deutsch-jüdische Jugendgemeinschaft, der Aelterenbund der Kameraden.

Am Abend des 26. Juni d. J. trat nun das Initiativkomitee zur Wahl der nichtzionistischen Delegierten Deutschlands in Berlin zusammen. Die Versammlung, die in den Räumen der Kroll-Oper stattfand und die von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands außerordentlich zahlreich beschickt war, nahm einen überaus würdigen Verlauf. Der Vorsitzende, Dir. Oskar Wassermann eröffnete die Konferenz mit einer Ansprache, die von einem starken jüdischen Verantwortlichkeitsbewußtsein getragen war, und die Zeugnis für seine eigene innere Verbundenheit mit dem Palästinaaufbau ablegte. Er würdigte die Tatsache, daß unter den versammelten Nichtzionisten Menschen zu finden seien, die vor einigen Jahren noch strikte Gegner des Palästinaaufbaues waren und die heute bereit sind, mit den Zionisten zusammen einen Weg zur Produktivierung Erez Israels zu suchen. Er erklärte dann in seiner ruhigen und sachlichen Art die organisatorischen Einzelheiten, die zum Aufbau der J. A. notwendig sind. Er selbst hat keinen Zweifel, daß ein gemeinsames Arbeiten für Palästina in und außerhalb des heiligen Landes gute Früchte zeitigen muß.

Rabb. Dr. Baeck gab der Stunde der Entscheidung in einer feinsinnigen Ansprache die Weihe. Er sprach von den Schatten, die noch über dem Lande der Zukunft liegen, meint aber, daß es der „Schatten des Allmächtigen" sei, unter dem sich Israel immer geborgen fühlte. Er legte Wert auf die Feststellung, daß es in dieser Versammlung keine Sieger und keine Besiegte geben dürfe, sondern nur Menschen, die einander respektieren und verstehen wollen. „Es ist ein geschichtlicher Tag für uns, er wird zu geschichtlichen Zielen führen, der eine Weg zu dem einen Ziel".

Dann folgte das mit Spannung erwartete Referat von Max Warburg, Hamburg. Warburg gehörte bekanntlich früher aus politischen und wirtschaftlichen Gründen zu den Gegnern Palästinas. Er mußte aber bekennen, daß sein Aufenthalt im Heiligen Lande einen Umschwung in ihm hervorgerufen hatte. Seine Bedenken politischer Art sind geschwunden. Er glaubt heute, daß man sich am neutralen Palästinawerk beteiligen kann unter völliger Wahrung der deutsch-jüdischen Einstellung. Amüsant war seine tragi-komische Feststellung: „Deutschland und Palästina sind gleich reich an Problemen". Es ist selbstverständlich, daß ein Wirtschaftsführer wie Warburg das Land vor allem auch unter realistischen Gesichtspunkten betrachtet hat. Das Ergebnis ist durchaus positiv ausgefallen und Warburg ist heute starker Optimist hinsichtlich der landwirtschaftlichen Gesundung des Landes.

Alfred Lisser, Hamburg, legte im Namen des Präsidiums der Versammlung folgende Resolutionen vor, die einstimmig Annahme fanden:

„Die am 26. Juni 1929 in Berlin tagende Konferenz des „Initiativkomitees für die Erweiterung der Jewish Agency in Deutschland" nimmt die an die deutsche Judenheit ergangene Aufforderung freudig an und beschließt, die Vertretung der deutschen Judenheit innerhalb der Jewish Agency in folgender Form sicherzustellen: a) eine Palästinakonferenz aller deutschen Juden, die bereit sind, an den Arbeiten der durch Artikel 4 des Völkerbundsmandats für Palästina eingesetzten J. A. teilzunehmen und an der Entwicklung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina mitzuarbeiten, ist so bald wie möglich einzuberufen. Diese Palästina-Konferenz soll die Vertreter der deutschen Judenheit in der Council der J. A. entsenden.

Sollte ein Reichsverband der deutschen Juden gebildet werden, so steht es der Palästina-Konferenz frei, ihre Rechte dem Reichsverband der deutschen Juden zu übertragen.

b) Um der deutschen Judenheit eine angemessene Vertretung auf der bevorstehenden konstituierenden Tagung des Councils der J. A. zu sichern, beschließt die Konferenz des „Initiativkomitees für die Erweiterung der J. A. in Deutschland", bis zum Zusammentritt der Palästina-Konferenz der deutschen Juden 6 Vertreter und 12 Stellvertreter in den Council der J. A. zu wählen".

II.

„Die in der Konferenz des Initiativkomitees gewählten Vertreter der deutschen Judenheit im Council der J. A. erwarten die Mitarbeit der deutschen Juden an der Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina.

In der Erkenntnis der historischen Bedeutung dieses Werkes rufen sie die deutschen Juden auf, den Gedanken des Aufbauwerkes mit dessen Gelingen die Ehre des jüdischen Namens verbunden ist, in seiner vollen Bedeutung zu erkennen und die für den Aufbauplan erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen".

Es folgten dann die Wahlen. War es schon beim Eingang in den Saal jedem angenehm aufgefallen, daß die Vertreter der Jugend in nicht geringer Anzahl erschienen waren, so durfte man es jetzt erleben, daß die Vertreter auch Leben in diese Verhandlungen zu bringen wußten. Sie setzten sich in energischer Weise

dafür ein, daß man der Jugend die ja an diesem Werke der Zukunft vor allen Dingen interessiert ist, entsprechend bei der Zusammensetzung des Councils berücksichtigen müsse. Da das Präsidium mit einem solchen Vorstoß nicht gerechnet hatte, mußte eine 1½ stündige Pause zur genügenden Vorbereitung der endgültigen Wahl eingeschoben werden. Als Ergebnis der Besprechungen teilte Max Warburg mit, daß die Wahlkommission an Stelle der ursprünglich vorgesehenen 6 Vertreter, 7 Vertreter und 14 Stellvertreter zu wählen. Der Wahlvorschlag wurde einstimig angenommen. Es wurden als ordentliche Mitglieder gewählt:

Stadtkämmerer Bruno Asch, Frankfurt a. M.; Rabbiner Dr. Leo Baeck, Berlin; Justizrat Dr. Blau, Frankfurt a. M.; Dr. Bernhard Kahn, Berlin; Kommerzienrat Gerson Simon, Berlin; Rabbiner Dr. Isak Unna, Mannheim; Direktor Oscar Wassermann, Berlin;

als Ersatzmitglieder:

Prof. Georg Bernhard, Berlin; Dr. Friedrich Brodnitz, Berlin; Willy Dreyfuß, Frankfurt a. M.; Rabb. Dr. Hahn, Essen; Jakob Heckscher, Hamburg; Ministerialrat Dr. Otto Hirsch, Stuttgart; Rabb. Dr. Jacob Horovitz, Frankfurt a. M.; Berthold Israel, Berlin; Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, München, Leo Simon, Berlin; Prof. Dr. M. Sobernheim, Berlin; Dr. Albert Sondheimer, Frankfurt a. M.; Dr. Ludwig Tietz, Berlin; Frau Margarete Tietz, Köln.

Unterdessen ist aus London die Genehmigung für die 7 ordentlichen und 14 stellvertretenden Mitglieder eingetroffen. Die Delegierten sind zunächst für ein Jahr gewählt. Die erste Sitzung des Council soll am 11. August in Zürich stattfinden. Wir wollen hoffen, daß auch diese Beratungen dazu beitragen werden, die Befriedigung der jüdischen Welt durch das gemeinsame neutrale Palästinawerk zu ermöglichen.

Wanderfürsorge und Arbeiterkolonie.

Jahresbericht des Fürsorgeausschusses für jüdische Durchwanderer für 1928.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der durchwandernden hilfsbedürftigen jüdischen Personen vermindert. Unser Fürsorgeausschuß betreute insgesamt 259 Personen, die Verpflegung erhielten und dann, mit Fahrkarte und Zehrgeld versehen, weiterbefördert wurden. Unter ihnen befanden sich 135 Reichsausländer und 124 Inländer. Wenn auch — im ganzen genommen — die Zahl der Wanderer geringer geworden ist, so muß doch bedauerlicherweise festgestellt werden, daß die Zahl der reichsdeutschen Wanderer von Jahr zu Jahr ansteigt: ein deutliches Zeichen für die Verarmung der Juden in Deutschland und für die Verdrängung des jüdischen Arbeitnehmers von der Arbeitsstelle. Aus der Erkenntnis heraus, daß die unmittelbare Einordnung der Durchwanderer in das Wirtschaftsleben wichtiger ist als alle unterstützenden Hilfsmaßnahmen (allein Bremen zahlt jährlich zirka 2400 Mark für die Durchwandererfürsorge), soll das längst geplante Projekt einer jüdischen Arbeiterkolonie so bald wie möglich in die Tat umgesetzt werden.

Das deutsche Judentum hat sich in der Hauptstelle für jüdische Wandererfürsorge das Organ geschaffen, das der Regelung der jüdischen Wanderung und ihrer Fürsorge in Deutschland dient. Nachdem die mannigfachen Organisationsformen der Vorkriegszeit, um die sich hervorragende Persönlichkeiten des deutschen Judentums lange Zeit bemühten, durch den Krieg und seine Nachwirkungen ihr Ende fanden, ist es nunmehr der Hauptstelle in den wenigen Jahren ihres Bestehens gelungen, ein geschlossenes Netz von Landes- und Provinzialverbänden auf- und auszubauen, die die Fürsorge für alle jüdischen Wanderer innerhalb Deutschlands ausüben. Eine neue Form der jüdischen Wanderfürsorge hat damit begonnen: Der jüdische Mensch, der sich auf der Wanderung befindet, hat es nicht mehr nötig, sich von Gemeinde zu Gemeinde durchzuschnorren, er hat es nicht mehr nötig, in die Häuser zu gehen, um sich die notwendigen Mittel für seinen Lebensunterhalt zu erbetteln. Jede Fürsorgestelle ist in der Lage, kraft der finanziellen Zusammenfassung aller Gemeinden ihres Bezirkes weitreichende Hilfsmaßnahmen zu ergreifen, Rechtsschutz zu erteilen, unmittelbare Beförderungen in die Heimat vorzunehmen, im Einzelfalle durch Verbindung mit dem jüdischen Arbeitsnachweis Arbeit zu beschaffen.

Im Verlaufe der mehrjährigen Tätigkeit der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge hat sich aber gezeigt, daß es eine Fülle von Menschen gibt, die sich ohne weiteres in den Prozeß des Wirtschaftslebens nicht wieder einordnen lassen. Für diese Menschen besteht heute keine andere Möglichkeit, als auf der Landstraße zu bleiben. 7000 bis 8000 Juden wandern alljährlich innerhalb Deutschlands, ein Teil von ihnen befindet sich auf Arbeitssuche, ein anderer Teil will nach der Heimat reisen, andere wiederum warten auf Heimatspapiere, Staatenlose auf Regelung ihrer Staatsangehörigkeitsverhältnisse, Strafentlassene auf die Möglichkeit, sich wieder in das Wirtschaftsleben einzuordnen. Die Erschütterung des jüdischen Wirtschaftslebens Deutschlands, insbesondere die katastrophale Lage des jüdischen Mittelstandes, das Schwinden der Rentnerschicht zwingen heute Juden jeden Alters, in stärkerem Maße zur Wanderschaft und zur Arbeitssuche. Dem jüdischen Arbeitsnachweis kann es bei der gegenwärtigen krisenhaften und dauernden allgemeinen Arbeitslosigkeit nicht immer gelingen, jeden jüdischen Arbeitslosen in Arbeit unterzubringen. Es fehlt eine Institution, die es ermöglicht, Menschen von der Straße fernzuhalten, die es erlaubt, ihnen vorübergehend Arbeit und Nahrung zu geben. Die beste Organisation muß dem Problem der Wanderfürsorge hilflos gegenüberstehen, wenn es ihr nicht gelingt, sich die Möglichkeit zu verschaffen, unabhängig vom Arbeitsmarkte einzelne Menschen in Unterkunft und Arbeit zu bringen.

Alle Projekte sind erwogen worden. Die vielfachen Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß insbesondere die rein gewerblichen Unternehmungen ungeeignet sind. Alle Fachleute und führenden Persönlichkeiten der Wanderfürsorge sind sich darüber einig, daß wirkliche Aussicht auf durchgreifenden Erfolg nur eine Arbeiterkolonie auf landwirtschaftlich-gärtnerischer Basis mit Arbeitswerkstätten aller Art geben kann. Die christliche und allgemeine Wanderfürsorge verfügen über einige hundert derartiger Anstalten, die zum Teil Ausgezeichnetes und Vorbildliches erreicht haben. Das deutsche Judentum verfügt nicht über eine einzige derartige Institution, obwohl z. B. allein die Notwendigkeit, jüdischen Strafgefangenen vorübergehend Unterkunft und Arbeit zu beschaffen sich täglich dringender erweist. Die zu gründende Arbeiterkolonie wird nicht nur Arbeit und Brot geben, sondern sie wird auch die Möglichkeit zulassen, pädagogisch auf die Wanderer einzuwirken und wird uns erst durchgreifend in die Lage versetzen, im Zusammenhang mit den jüdischen Arbeitsnachweisen für baldige Wiedereinordnung in das Wirtschaftsleben selbst zu sorgen.

Die jüdischen Landesverbände Deutschlands haben sich mit dem Projekt der Hauptstelle befaßt, bedeutende Fachleute sind zur Begutachtung herangezogen worden. Es ist ein landwirtschaftlich-gärtnerisches Projekt in Aussicht genommen mit der Möglichkeit, vorläufig täglich 50 Wanderer aufzunehmen. Diese Zahl wird sich durch Ausbau des Betriebes im Laufe der Zeit vervielfachen lassen. Das Projekt beansprucht einen Kostenaufwand von zirka 300 000 Mark. Reich und Staat haben ihr Interesse für diese erste jüdische Arbeiterkolonie bekundet und ein Darlehen von 60 000 Mark bewilligt. Die Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände hat ihre Zustimmung bereits gegeben. Der preußische, bayrische und sächsische Landesverband haben ihre Sympathie bekundet, der preußische Verband hat eine namhafte Summe zur Errichtung der jüdischen Arbeiterkolonie bereits bewilligt.

Die Grundlage aller Wanderfürsorgearbeit in Deutschland ist und bleibt eine gut funktionierende Organisation. Die Organisation kann nur erfolgreiche Arbeit leisten, wenn alle Kräfte am Orte einer Wanderkasse sich zu tatkräftiger Arbeit zusammenschließen, und wenn örtliche Vereine und Persönlichkeiten es vermeiden, die Arbeit dieser Stellen, die nach einer bestimmten Richtung hin geht, durch Einzelfürsorgemaßnahmen zu durchkreuzen. Wir haben es in den letzten Jahren an vielen Orten erlebt, daß gut funktionierende Fürsorgestellen bald dazu beitragen, den Strom der Wanderer einzudämmen. Führt allerdings ein falsch verstandener Begriff der Zedokoh dazu, daß Einzelpersönlichkeiten immer noch Fürsorge in althergebrachter und, wie man wohl sagen kann, unangebrachter Form treiben, so werden die zentralisierten und damit durchgreifenden Fürsorgemaßnahmen der für die Zwecke der Wanderfürsorge geschaffenen Stellen behindert und oft auch illusorisch gemacht. Darum muß auch in Zukunft die Grundlage und das Fundament unserer Arbeit die zentralisierte Durchwanderer-Fürsorge sein.

Badebrief aus Nenndorf.

Bad Nenndorf ist größeren Kreisen erst seit Ende des 18. Jahrhunderts bekannt. Der berühmte Berliner Arzt „der alte Heine“ entdeckte den Kurort. Der hannoversche Leibarzt Georg Zimmermann hatte das Schwefelwasser schon verordnet, bevor die hessen-kasselsche medizinische Fakultät in Rinteln sich gutachtlich über die Heilerfolge aussprach (1776). Seitdem entwickelte sich Nenndorf immer mehr, gefördert durch die Gunst der letzten drei Kurfürsten; auch König Jeromé wurde dort von seinem Rheumatismus geheilt. Seine Mittel erlaubten ihm das erste Schwefelgas-Inhalatorium und ein eigenes Bassin im Schwefelbad zu erbauen. Es ist hier nicht der Ort, all die Wandlungen zu schildern, die das Bad vom Dorf bis zum Kurort durchmachte.

Von Juden wurde Nenndorf oft und gern besucht. Hannover, Braunschweig, Hildesheim lagen ja in der Nähe und auch aus dem entfernteren Kassel waren die Postkutschen mit Patienten gefüllt. Mancher bot dort dem Glücke die Hand und spielte an dem staatlich erlaubten Roulett. In der Umgegend von Hannover, wo einst in kleinen Ortschaften größere jüdische Gemeinden sich befanden, war es am „Judensonntag“ — der Tag nach Schabbos Nachamuh — gang und gebe, zum „Brunnen“ zu fahren, um dort ein Spielchen zu riskieren. Für die religiösen Bedürfnisse war damals sehr bescheiden gesorgt. Am Schabbos suchten viele Kurgäste das benachbarte Rodenberg, die Heimat des Dichters Julius Levy-Rodenberg auf, um am Gottesdienst teilnehmen zu können. Die letzten Jahrzehnte schufen auch hier Wandlung.

In dem einzigen jüdischen Hotel am Platze, dem Hotel Adler, welches modern eingerichtet und ausgezeichnet geleitet wird, findet man gute Unterkunft und vorzügliche Verpflegung. Auch die jüdische Seele kann hier Stärkung erfahren, denn der Gottesdienst wird im Hause abgehalten und unterscheidet sich sehr vorteilhaft von den „Gottesdiensten“, welche man in manchen Badeorten antrifft.

Mögen alle, die Nenndorf zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit nötig haben, in dem schönen ruhigen, am Deister liegenden Badeort „Refuoh schelemoh“ völlige Heilung finden.

Hilfsverein der Deutschen Juden.

In der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Hilfsvereins der Deutschen Juden, in Berlin, unter dem Vorsitz von Herrn Dr. James Simon, an der u. a. Willy Dreyfuß, Selmar Fehr, Berthold Israel, Dr. Bernhard Kahn, Generalkonsul Eugen Landau, Alfred Leonhard Tietz (Köln), Ernst Wallach, Max M. Warburg (Hamburg) und Frau Alice Weil teilnahmen, kam eine Reihe wichtiger Probleme zur Besprechung. Herr Warburg wies unter Darlegung der Eindrücke von seiner Palästinareise auf Arbeitsmöglichkeiten für den Hilfsverein in Palästina hin. Besonderes Interesse erweckte die Anregung, das Technikum in Haifa, das noch heute als Symbol der Hilfsvereinsarbeit in Palästina gilt, aufs neue zu fördern. Generalsekretär Dr. M. Wischnitzer berichtete über seine Studienreise nach Rumänien. Trotz der Besserung der politischen Zustände ist die wirtschaftliche Lage der Juden außerordentlich kritisch. Es herrscht vielfach große Not, besonders in Bessarabien. Der Hilfsverein hat bereits vor einiger Zeit größere Beträge für das Hilfswerk in Bessarabien abgeführt. Es gilt aber, den Juden Rumäniens auch konstruktive Hilfe zu bringen, sie bei dem notwendig gewordenen ökonomischen Umschichtungsprozeß zu beraten und zu unterstützen. Sehr wesentlich ist auch die Förderung des Schulwesens, das der Hilfsverein vor dem Kriege bereits unterstützt hat. Der Geschäftsführende Ausschuß bewilligte zunächst 30 000 Mark für die kulturelle Arbeit in Rumänien und 100 000 Mark für die sanitären Einrichtungen in den jüdischen Kolonien in Südrußland. Zwei Ambulatorien des Hilfsvereins, in der Krim und in der Ukraine, sind bereits im Bau. Durch eine umfassende Auswandererfürsorge, die infolge der Nachkriegsverhältnisse besonders kompliziert ist, und die er im engsten Einvernehmen mit Reichs- und Landesbehörden durchführt, entlastet der Hilfsverein in erheblichem Maße die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen innerhalb Deutschlands.

Jüdische Nachrichten.

Der Rheinisch-westfälische Rabbinerverband für die Einheitsgemeinde und für Einheit innerhalb der Gemeinde.

Der Rheinisch-Westfälische Rabbinerverband hat auf seiner in Düsseldorf abgehaltenen Tagung die folgende Erklärung beschlossen:

Im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Judentum, die ihr Amt ihnen auferlegt, erklären die am 30. Juni 1929 in Düsseldorf versammelten rheinisch-westfälischen Rabbiner:

Während in den großen Fragen des jüdischen Lebens die Getrennten heute sichtlich zueinander streben, beobachten wir mit Sorge die zunehmende Schärfe der jüdisch politischen Gegensätze innerhalb vieler Einzelgemeinden. Der Augenblick ist gekommen, wo diese Gegensätze manche Gemeinden zu sprengen

Eltern!

Schule und Haus

müssen zur Erziehung jüdischer Menschen zusammenwirken. Versäumt nicht, Eure Kinder zu veranlassen, während der großen Ferien den Gottesdienst zu besuchen!

drohen. Und doch ist die Erhaltung des Judentums untrennbar verknüpft mit dem Bestand der Gemeinde. Die Erfüllung seiner altehrwürdigen, aber auch seiner neuen Aufgaben wird unmöglich, wenn die Gemeinden zerfallen.

Unsere jüdischen Gemeinden in Deutschland wollen Einheitsgemeinden sein. Sie erheben den stolzen Anspruch, daß jeder Jude, der auf ihrem Gebiete wohnt, ohne weiteres ihr angehöre. Dieser Anspruch legt Gemeindeverwaltungen, wie Gemeindemitgliedern hohe Pflichten auf. Die Gemeindeverwaltung muß, ungeachtet zufälliger Majoritätsverhältnisse, jeder jüdisch-religiösen oder jüdisch-politischen Richtung in ihrer Mitte die volle Möglichkeit des Lebens und der Betätigung auf dem Boden der Gemeinde geben.

Von den Gemeindemitgliedern darf gefordert werden, daß sie bei aller Wahrung ihrer Ueberzeugung mit Andersgesinnten im Rahmen der gleichen Gemeinde sich zusammenfinden und im Bewußtsein, daß wir alle Glieder der einen, großen jüdischen Gemeinschaft sind, in verantwortungsbewußter gegenseitiger Duldsamkeit die Gemeinde aufrechterhalten und an ihren Aufgaben teilnehmen. Austritt aus der Gemeinde aus welchen Gründen immer ist unter den heutigen Verhältnissen Versündigung am Judentum und, wo vollzogen, rückgängig zu machen. Die Kraft der brüderlichen Gesinnung muß uns den Weg zurück zur Einigung finden lassen.

Eine wichtige Verfügung über den Religionsunterricht in Preußen.

Berlin. (JTA.) Vom Preußischen Landesverband gesetzestreuer Synagogen-Gemeinden wird folgende, für die Teilnahme der Schüler am jüdischen Religionsunterricht wichtige Verfügung des preußischen Kultusministers bekanntgegeben:

„Ich genehmige, daß den zuständigen Superintendenten (Kirchenpröbsten, Dekanen oder den entsprechenden kirchlichen Stellen), Dechanten (Erzpriestern) und den entsprechenden Vertretern der jüdischen Religionsgesellschaften von den zuständigen Schulräten oder — soweit höhere Lehranstalten in Betracht kommen — von den Direktoren zu Beginn des Schuljahres nach den einzelnen Schulen geordnete Verzeichnisse jener evangelischen, katholischen oder jüdischen Schüler übermittelt werden, die mit regelmäßigem Religionsunterricht nicht versorgt werden oder nicht versorgt werden können. Dabei sind aber diejenigen Schüler wegzulassen, die auf Antrag vom Religionsunterricht befreit sind oder infolge ausdrücklicher Willenserklärung den Religionsunterricht eines anderen Bekenntnisses besuchen.“

Eine interessante Entscheidung.

Die Spruchkammer für die Arbeitslosenversicherung hatte dieser Tage in Frankfurt a. M. die Frage zu entscheiden, ob einem strenggläubigen Israeliten die Arbeitslosenunterstützung entzogen werden könne, wenn er eine ihm zugewiesene Arbeitsstelle nicht antrete, an der er am Sabbat arbeiten müsse. Der Vorsitzende, Regierungsrat Dr. Langenhagen (Wiesbaden) verkündete die endgültige Entscheidung dahin, es sei von dem beklagten Präsidenten des Landesarbeitsamtes der Beweis weder erbracht noch angetreten, daß das Arbeitsamt bei der Arbeitsvermittlung auf die religiöse Einstellung, also auf die ideelle Bindung eines größeren Personenkreises, gebührend Rücksicht genommen und daß der Arbeitsmarkt eine solche Rücksichtnahme etwa ausgeschlossen hätte. Demgemäß sei gegen den Grundsatz individueller Arbeitsvermittlung verstoßen, eine Arbeit ordnungsmäßig, also gar nicht vermittelt worden, und es könne in der Ablehnung der ersten besten Arbeit durch einen strenggläubigen Israeliten, wenn ihm von vornherein die ständige Verletzung religiöser Pflichten abverlangt und er dadurch tatsächlich in Konflikte gebracht werde, keine unbegründete Arbeitsverweigerung im Sinne des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erblickt werden. Der Berufungskläger galt noch als arbeitslos; die Arbeitslosenunterstützung konnte ihm nicht entzogen werden. L.

Aus der Gemeinde Bremen

Die nächste Ausgabe des Jüdischen Gemeindeblattes erscheint am 1. August. Redaktionsschluß 25. Juli.

Beiträge für den lokalen Teil sind „an die Schriftleitung des Jüdischen Gemeindeblatts, Bremen, Gartenstraße 7", zu senden.

Gebetzeiten der Israelitischen Gemeinde Bremen.

Morgengebet	Minchah	Abendgebet	Juli 1929			Tammus 5689	
7		19		14	So.	6	
7		19		15	Mo.	7	
7		19		16	Di.	8	
7		19		17	Mi.	9	
7		19		18	Do.	10	
7		19^{30}		19	Fr.	11	
8	21	21^{4}		20	Sa.	12	Chukas Bolok (IV. Mos. 19^{1}—25^{9}) Haftarah: Micha 5^{6} - 6^{8}. Perek 5
7		19		21	So.	13	
7		19		22	Mo.	14	
7		19		23	Di.	15	
7		19		24	Mi.	16	
7		19	Fasttag 17. Tammus	25	Do.	17	Schiwoh-ossor b'Tammus, Fasttag
7		19^{30}		26	Fr.	18	
8	20^{50}	21^{22}		27	Sa.	19	Pinchas (IV. Mos. 25^{10}—30^{1}) Haftarah: Jerem. 1^{1}—2^{3}) Perek 6
7		19		28	So.	20	
7		19		29	Mo.	21	
7		19		30	Di.	22	
7		19		31	Mi.	23	

Familien-Nachrichten.

Geboren am 5. Juli: Tochter des Herrn Rabbiner Dr. Felix Aber und Frau Hanna, geb. Rosenak, am Dobben 121, — Tochter des Herrn Willy Goldschmidt und Frau Käthe, geb. Klein, Brahmsstraße 2.

Verheiratet am 14. Juli um 13 Uhr im „Nordischen Hof": Ilse Rothschild, Tochter des Herrn Sally Rothschild und Frau Johanna, geb. Friesem, mit Herrn Heinrich Hirsch. Wohnsitz: Bremen, Sielwall 40.

60. Geburtstag: 10. Juli: Lehrer H. Heinemann, Vegesack. — 25. Juli: Fräulein Sophie Levy, Bahnhofstraße 11.

Gestorben am 7. Juli: Fräulein Nanny Holländer, 79 Jahre, Jüdisches Altersheim.

Jahrzeit, am Vorabend des angegebenen Tages beginnend:
18. Juli: Georg Fischbein.
19. Juli: Dr. Jos. Wall.
24. Juli: Bernh. Anspacher.
27. Juli: Ludwig Brandt, Walther Steinberg.

Wer zu Hause kein Jahrzeitlicht anzündet, hat Gelegenheit, gegen geringes Entgelt die Gedächtnis-Licht-Einrichtung in der Synagoge zu benutzen. — Anmeldung beim Gemeindediener. — Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch Spenden an unsere Gemeindevereine sozial zu betätigen.

Ferien-Reisen. Bei Beginn der Reisezeit werden alle Vorgesetzten größerer jüdischen Unternehmungen sowie die Gemeindebeamten darauf aufmerksam gemacht, daß es erforderlich ist, alle Glaubensgenossen dahin zu informieren, daß sie in jüdischen Häusern und Hotels genau so gut untergebracht und versorgt werden können wie anderweitig. Die jüdischen Restaurateure führen heute einen besonders schweren Kampf um die Existenz, und es hängt doch nur vom guten Willen der jüdischen Reisenden ab, ihnen diesen Kampf zu erleichtern.

Geflügel-Schächten. Vom 1. Juli bis 17. August ist die Schächtzeit am Donnerstag von 8 bis 8½ Uhr (Gartenstraße 6) und nötigenfalls von 9 bis 10 Uhr (Düsternstraße 109) angesetzt worden.

Herr Kantor Seif, der seit dem Jahre 1921 in unserer Gemeinde tätig war, leistet einem Ruf der Israelitischen Kultusgemeinde in Aschaffenburg Folge und tritt sein neues Amt am 1. August an.

Warnung. Mit gefälschter Sammelliste und mit gefälschtem Attest hat ein Ehepaar, das sich Max Löventhal aus Neubrunn nennt, Mitglieder der Israelit. Gemeinde in ihren Geschäftslokalen heimgesucht. — Wer sich vor Brandschatzung durch solche Schwindler schützen will, gebe niemals bares Geld, sondern fertige alle Petenten unterschiedslos mit Wohlfahrts-Schecks ab.

Jüdische Jugendberatung. Jungen und Mädchen, die durch irgendwelche Sorgen, Nöte, Erlebnisse oder Vergehen beschwert sind und keinen Ausweg sehen, wenn sie keinen Freund und Vertrauten haben, der ihnen helfen kann, finden Verständnis. Rat und Hilfe, wenn sie sich persönlich oder schriftlich an die Jüdische Jugendberatung, Hamburg 13, Grindelhof 85, III, wenden. Auskunft unentgeltlich und durchaus verschwiegen.

Telegramme. Die Einrichtung der Glückwunsch-Ablösungstelegramme des Kranken-Wohltätigkeits-Vereins scheint fast in Vergessenheit geraten zu sein. Der Verein bittet, seine Formulare für Hochzeiten usw. zu benutzen. Telephonische Aufgabe beim Gemeindediener genügt.

Sitzungen. Das Jüdische Wohlfahrtsamt tagte am 1. Juli und nahm die Berichte über die Veranstaltungen des Jüdischen Frauenbundes und des Provinzialverbandes für jüd. Wohlfahrtspflege, erstattet von den Delegierten Frau Therese Schragenheim bezw. Herrn Dr. med. Hes, entgegen. — Vorstand und Gemeinderat traten am 27. Juni und am 4. Juli zusammen. — Die Wahlen zum XVI. Zionisten-Kongreß wurden am 24. Juni vorgenommen. — Am 8. Juli fanden Sitzungen der Schul-Komission, der Friedhofs-Kommission und der Schächt- und Ritual-Kommission statt. — Auf der am 7. Juli in Hamburg stattgehabten Sitzung des Verbandes der jüd. Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte war die Israelit. Gemeinde Bremen durch Gemeinderat Hugo Levy vertreten.

Abschiedsfeier für Kantor J. B. Levy-Frankfurt am Main. „Der Vorstand und die Beamten der Synagoge am Börneplatz kamen am 6. Juni zu einer Abschiedsfeier für Herrn J. B. Levy zusammen, der sich fortan nur seinem Lehrerberuf widmen wird. Herr Rabbiner Dr. Hoffmann sprach über die Aufgaben und Eigenschaften des „Schliach Zibbur", wie sie unsere Weisen uns zeigen, und betonte, in welch aufopfernder Weise Herr J. B. Levy im Besitz dieser Eigenschaften jederzeit in Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue sein Amt versehen und sich dadurch die Liebe und das Vertrauen der Gemeinde in reichem Maße erworben hat. — Gleichzeitig wurde Herr Kantor Hes als Nachfolger von Herrn Levy in sein Amt eingeführt."

Vorstehende Ausführungen, die wir dem Gemeindeblatt der Israelitischen Gemeinde Frankfurt am Main entnehmen, werden in Bremen besonderes Interesse finden. Herr J. B. Levy, als Kantor und Pädagoge gleich anerkannt, ist ein Sohn des verstorbenen Kantors B. B. Levy, der in Bremen von 1872 bis 1893 amtierte.

Was ist der Talmud? Wer ihn kennen lernen will, begnüge sich nicht mit der Lektüre einer allgemeinen Schrift über ihn, sondern nehme teil an der gemeinverständlichen Lektüre eines Abschnittes aus ihm. Der Talmud-Thora-Verein lernt Talmud (Traktat Berachot) unter Leitung des Gemeinderabbiners an jedem Sabbatausgang (zur Zeit 20¼ Uhr im Lehrsaal, Gartenstraße 7). Außerdem finden an jedem Dienstag 20¾ Uhr Lernabende im Hause eines Gemeindemitgliedes (laut Bekanntgabe am schwarzen Brett der Gemeindeverwaltung) statt, an denen zur Zeit aus „Sprüche der Väter, 5. Abschnitt" gelernt wird.

Mendelssohn-Feier. Anläßlich der Wiederkehr des 200. Geburtstages von Moses Mendelssohn, der am 6. September 1729 in Dessau geboren wurde, hat der Gemeinderat beschlossen, diesen Gedenktag durch eine gottesdienstliche Feier würdig zu begehen.

Wohnungswechsel. Die regelmäßige Zustellung des Gemeindeblattes kann nur dann gewährleistet werden, wenn jeder

Wohnungswechsel sofort im Gemeindebüro gemeldet wird. — Das Ausbleiben von Gemeindeblättern melde man beim Briefträger.

Walther Steinberg in Bremen 30 Jahre Schneider. Der Kaufmann Diedrich Steinberg in Verden faßte vor etwa 40 Jahren den Entschluß, seine Söhne Walther und Eugen ein Handwerk erlernen zu lassen, ein in unseren Kreisen im deutschen Nordwesten seltenes Vorkommnis. Beide wurden Schneider. Walther lernte in Frankfurt am Main und begab sich dann ins Ausland; vor allem in Paris und London bildete er sich weiter, an den Stätten, die in der Herrenmode führend waren und sind. Seinen Fähigkeiten gemäß, machte er sich im Jahre 1899 in Bremen selbständig und erregte sogleich einiges Aufsehen, als man an den Fenstern seiner Geschäftsräume auf der vornehmen Obernstraße die bis dahin gemiedene und volltönend umschriebene Bezeichnung „Schneider" las. Seine originelle Persönlichkeit, der Menschenkenntnis, Witz und Belesenheit in reichem Maße eigen sind, wußte sich bald Zuneigung und Vertrauen zu verschaffen. Für den bremischen Großkaufmann wurde es zu einer Selbstverständlichkeit, Anzüge und Mäntel durch Walther Steinberg anfertigen zu lassen. Aus Neigung und natürlicher Begabung beschäftigten ihn in der Muße künstlerische Vorgänge, das Theater und dann besonders die Malerei. Er knüpfte mit zahlreichen Künstlern freundschaftliche Beziehungen an, förderte junge und verheißende Talente und wurde Sammler. Sein kleines, mit Laune und Geschmack ausgestattetes Heim birgt Bilderschätze, die der Beachtung wert sind.

Vereinsanzeigen aus Bremen.

Israelitischer Frauenverein Bremen, gegr. 1872.

Anschrift: Dora Körbchen, Neustadtsbahnhof 24.

Um Meldung von Frauen, die in der Tahara-Abteilung mitwirken wollen, wird gebeten.

Die Geburt einer gesunden
Tochter
zeigen hocherfreut an
Rabbiner Dr. Felix Aber
und Frau
Hanna, geb. Rosenak.
Bremen, den 5. Juli 1929.
Am Dobben 121.

Gemeindemitglieder berücksichtigt unsere Inserenten!

Verlag: S. Kaufmann, Kassel, Hohentorstr. 9, Druck: Volksblatt G.m.b.H. Kassel